

26. NOV. 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XVII, 237

Bonn, den 26. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	Bayern ----- Zum Ergebnis der Landtagswahlen	66
2	Lösung der Regierungskrise noch komplizierter ----- Bayernwahl im Blickfeld von Bonn	45
3	Was wird aus der Europa-Politik? ----- Zu den Wahlen in Frankreich	46
4	Lebensmittelschutz - eine internationale Aufgabe ----- Wehrlos gegen die Kochtopf-Piraten? Von Bruno Kuster, Genf	49
5 - 6	Wenig Wasser, wenig Strom, wenig Eisen ----- Prager Regime hat mit unerfreulichen Schwierigkeiten zu kämpfen Von Rudolf Hornig	84

Chefredakteur Günter Markscheffel

Bayern

Zum Ergebnis der Landtagswahlen

si - Keiner Landtagswahl in der Nachkriegszeit ist mit soviel Spannung, Ungewissheit und leidenschaftlicher Anteilnahme entgegen gesehen worden wie der Wahl zum fünften Landtag in Bayern. Das Ergebnis brachte unerwartete Überraschungen. Die CSU, die Schwesternpartei der CDU, hat im buchstäblichen Sinne des Wortes das Äusserste aufgeboten - an Demagogie, an Verdächtigungen, Beleidigungen und Irreführungen - um in Bayern vor der deutschen Öffentlichkeit die Position ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauss zu erhalten und zu verstärken. Das ist ihr in gewissem Umfange gelungen. Sie errang mit einem Stimmengewinn von nur zwei Prozent - im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1958 - im Landtag die absolute Mehrheit, obwohl sie fünf Direktmandate an die SPD abgeben musste.

- * Kann die CSU ihres Erfolges froh werden? Er wird ge-
- * trübt durch den stetigen Aufstieg der Sozialdemokra-
- * tie. Sie hat nicht nur 14 Mandate hinzugewonnen, es
- * entfiel auf sie im Vergleich zu den Bundestagswahlen
- * ein Stimmengewinn von rund 80.000, wogegen die CSU-
- * Heerscharen einen Abgang von 200.000 Stimmen zu re-
- * gistrierten haben.

Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie entspricht fast genau dem Zuwachs, den diese Partei bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen verzeichnete. Der stetige Aufstieg der SPD ist, wie das bayerische Wahlergebnis lehrt, nicht regional bedingt, er ist das Produkt einer Politik, die sich an den nationalen Notwendigkeiten orientiert. Das wissen die Wähler im wachsenden Maße zu würdigen.

Besonders hervorzuheben sind die Wahlerfolge der SPD in vielen bayerischen Gross- und Mittelstädten, wo sie ihre Konkurrentin weit überflügelte. So gelang es ihr in München, der CSU das einzige ihr noch verbliebene Direktmandat abzunehmen. Auf dem Lande drang sie in Bereiche ein, die bisher als Domäne der CSU galten. Die Stimmengewinne der SPD, im Landesdurchschnitt gesehen, betragen im Vergleich zu 1958 das Doppelte der Stimmengewinne der CSU, obwohl diese Partei den Hauptstoss ihrer auf allen Ebenen laufenden Propaganda gegen die SPD gerichtet hatte.

Um ein Haar wäre die FDP "draussen" geblieben. Dass sie überhaupt noch in den Landtag mit neun Mandaten einzieht, verdankt sie ihren

Wahlkreise in Mittelfranken. Aber auch in dieser Region hat sie unterschiedliche Wahlergebnisse aufzuweisen, doch wurden Verluste in einigen Orten durch Gewinne in anderen Gebieten ausgeglichen. Insgesamt sieht sich die FDP, die ihre gesamte Bundesprominenz in das Wahlgetümmel entsandte, in ihren Erwartungen wohl getäuscht, was auch in den Worten ihres Landesvorsitzenden Klaus Dehler zum Ausdruck kam.

Der Erfolg der Bayernpartei - sie errang acht Mandate - beschränkt sich ausschliesslich auf Niederbayern. Zu ihren Wählern zählten vor allem die Bauern, die sich durch die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung vernachlässigt fühlen und ihrer Enttäuschung mit der Wahl von der EWG feindlich gesinnten Kandidaten Luft machten. Das sollte allen zudenken geben. Hier häuft sich durch die Fehler der Bundesregierung Explosivstoff an, den es durch geeignete und gezielte Maßnahmen in diesem Sektor zu entschärfen gilt.

Die Gesamtdeutsche Partei blieb auf der Strecke. Sie teilte damit das Schicksal ihrer Landesverbände in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Ist ihr Ausscheiden aus der Landespolitik auf die zu heftige Umarmung durch die CSU zurückzuführen? Die Wortführer dieser Partei machten bei den Vertriebenen und Flüchtlingen in einem Überleben, von Ressentiments beladenen Nationalismus, für den die Resonanz eben fehlt. Ein Grossteil ihrer früheren Wähler fand den Weg zur Sozialdemokratie und fühlt sich dort besser aufgehoben.

Die Freunde Ulbrichts (DFU) gingen, wie erwartet, leer aus; dass sie aber noch die Hälfte ihrer Wähler vom September 1961 verloren, ist eine erfreuliche Bestätigung für die Wirkungslosigkeit der Parolen Ulbrichts im freien Teil Deutschlands.

- * Fazit dieser Landtagswahl, deren Ausgang noch für die
- * Regierungsparteien im Bund manches Kopfzerbrechen be-
- * reiten wird: Ein Pyrrhus-Sieg der CSU und ihres Vor-
- * sitzenden Franz Josef Strauss, ein starkes Anwachsen
- * der SPD, eine schwer sich behauptende FDP und
- * einige Besonderheiten, die sich nur auf Bayern be-
- * schränken. Bei keiner Landtagswahl haben CDU/CSU die
- * Prozentzahlen von 1961 erreichen können, wogegen die
- * Sozialdemokratie diese überall überschritten hat. Das
- * gibt den politischen Entscheidungen der nächsten Mo-
- * nate und Jahre ihr besonderes Gewicht.

Lösung der Regierungskrise noch komplizierter

Bayernwahl im Blickfeld von Bonn

sp - Das Ergebnis der Landtagswahlen in Bayern hat die Bemühungen Adenauers um eine Umbildung der Bundesregierung nicht erleichtert. Der Bundeskanzler und die CDU-Führung müssen jetzt selbst damit fertig werden, dass sie sich auf eine Regierungsumbildung nach der bayerischen Landtagswahl festgelegt haben, statt unverzüglich Konsequenzen aus dem Verhalten von Ministern zu ziehen.

Völlig unabhängig von dem Wahlergebnis des Sonntags bleibt die Tatsache, dass der Bundesverteidigungsminister das Parlament und die Mitglieder des Kabinetts nicht wahrheitsgemäß über seine Rolle in der Spiegel-Aktion unterrichtet hat, ein Unstand, der weder durch die sogenannte Tatsachendarstellung des Bundeskanzlers vom vergangenen Freitag, noch durch die den Aussagen von Adenauer und Strauss widersprechenden Erklärungen des FDP-Bundesjustizministers Dr. Stammberger aus der Welt zu schaffen ist.

Wenn jetzt behauptet wird, das bayerische Wahlergebnis stärke die Position von Strauss in Bonn, so mag dies zwar für die internen Koalitionsausgleichsversuche zwischen CDU/CSU und FDP zutreffen; den Kern der Sache, um die seit Wochen in der Bundesrepublik diskutiert wird, trifft es jedoch **n i c h t**!

Nach wie vor steht das Verhalten von Strauss zur Debatte, ein Verhalten, das besonders vom Koalitionspartner der CDU/CSU, der FDP, zum Anlass genommen wurde, den Rücktritt der FDP-Minister aus der jetzigen Adenauer-Regierung zu erklären. Normal wäre es gewesen, wenn der Bundeskanzler **s o f o r t** und ohne Rücksicht auf die Landtagswahlen in Bayern die Anwürfe der FDP gegen Strauss geprüft hätte und zu einer Entscheidung gelangt wäre.

In CDU-Kreisen ging schon vor der Wahl in Bayern das Wort um: "Wenn die CSU gewinnt, wird es ein furchtbarer Sieg, weil dann die Lösung der Regierungskrise **n o c h** komplizierter wird, als sie es ohnehin schon ist."

Die Rolle der FDP in dieser Situation ist noch problematischer als bisher. Sie weiss, dass es Strauss in Bonn auf eine Kraftprobe ankommen lassen wird, die sie durch ein günstiges Wahlergebnis in Bayern durchzustehen hoffte. Wenn Adenauer den Verteidigungsminister mit Rücksicht auf das bayerische Wahlergebnis nicht fallen lassen sollte, muss sich die FDP wieder einmal entscheiden, ob sie zu ihrem Wort steht, das ihre Exponenten nicht nur in Wahlversammlungen verkündet hatten, sondern auch in den internen Beratungen mit dem Koalitionspartner mehr als einmal verpfändet haben.

Aus all' dem ergibt sich, wie wenig sinnvoll es ist, eine politisch notwendige Entscheidung aus taktischen und Opportunitätsgründen vor sich her zu schieben. Die CDU wird beweisen müssen, ob in ihr noch Kräfte lebendig sind, denen bewusst ist, dass der allgemeine Vertrauensschwund gegenüber den Bonner Regierungsmethoden durch halbe oder schwer zu motivierende Entscheidungen nicht aufgehalten werden kann.

26. November 1962

Was wird aus der Europa-Politik ?

Zu den Wahlen in Frankreich

sp - Die Analyse der Ergebnisse des zweiten Wahlgangs bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung zeigt deutlich, daß zahlreiche sich bisher "bürgerlich" nennende Wähler bei der Entscheidung, ob sie einem Kandidaten der Linken oder der Rechten ihre Stimme geben sollten, dem gaullistischen Kandidaten gewählt haben. Anders ist die absolute Mehrheit von 269 von insgesamt 482 Mandaten für die pro-gaullistische Koalition nicht zu erklären. Am stärksten angeschlagen gehen die Rechtsunabhängigen und die Volksrepublikaner (diese entspricht ungefähr der CDU) hervor. Die Rechtsunabhängigen gingen von 118 auf 28, die Volksrepublikaner von 56 auf 36 Mandate zurück. Sehr interessant und für die weitere Entwicklung in Frankreich sicher bedeutsam ist der Mandatszuwachs der Kommunisten und der Sozialisten. Die Kommunisten erhöhten ihren Mandatsanteil von 10 auf 41, die Sozialisten von 41 auf 65.

Die Verluste der Rechtsunabhängigen können als Positivum gewertet werden, da sich unter deren Kandidaten viele befanden, die de Gaulles Algerienpolitik scharf kritisiert hatten. Die Stärkung der kommunistischen Parlamentsfraktion ist weniger auf die Erhöhung der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen, als vielmehr auf den Rückzug zahlreicher Kandidaten im zweiten Wahlgang zurückzuführen, die ihren Wählern empfohlen hatten, den im ersten Wahlgang an der Spitze liegenden kommunistischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. In mehreren Fällen haben auch sozialistische Kandidaten davon profitiert, daß sich Kommunisten im zweiten Wahlgang zurückzogen. Das relativ starke Anwachsen der kommunistischen Mandate ist jedoch ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß sich in mehreren Wahlkreisen auch b ü r g e r l i c h e Wählerschichten nicht scheuten, dem Gaullisten ihre Stimme zu entziehen.

Die innenpolitische Entwicklung Frankreichs wird nach wie vor von häufig wechselnden Mehrheiten bestimmt werden. Hierbei dürften die sozialen Probleme und die ökonomischen Vorhaben de Gaulles die Hauptrolle spielen. Das heißt, dass es nicht überraschend wäre, wenn sich zum Beispiel in der Frage weiterer wirtschaftlicher Planungsmaßnahmen bei einzelnen Entscheidungen Koalitionen bilden, die sich im Augenblick auf Grund des Wahlergebnisses keinesfalls abzeichnen.

Ausschlaggebend jedoch ist damit zu rechnen, daß die absolute gaullistische Mehrheit in den Fragen der Europapolitik und des Verhältnisses Frankreichs zur NATO zusammenbleiben wird. Hier spielt besonders die Frage der eigenen französischen Atomkraft eine große Rolle; die Haltung de Gaulles zu diesem Problem wird den Verbündeten Frankreichs einiges zu schaffen machen. In der Europapolitik ist mit einem verstärkten Druck von Paris auf die Konsolidierung der Sechser-Gemeinschaft unter Zugrundelegung des guten Verhältnisses zwischen Bonn und Paris und wahrscheinlich auch ohne Rücksichtnahme auf Großbritannien und die skandinavischen Länder zu rechnen.

Lebensmittelschutz - Eine internationale Aufgabe

Von Bruno Kuster, Genf.

Selbst die fortschrittlichsten Länder verfügen nur über einen völlig ungenügenden Schutz gegen den Verkauf verdorbener und gesundheitsschädlicher Lebensmittel. In asiatischen Ländern erreicht bei gewissen Produkten der Anteil der verfälschten oder verdorbenen Erzeugnisse vier Fünftel, erklärte der Chef der juristischen Abteilung der FAO, E.S. Abensour, nach seiner Rückkehr aus Bangkok, wo er an einem Seminar über die Lebensmittelgesetzgebung teilgenommen hatte.

Gleichzeitig mit der ständigen Zunahme des internationalen Handels mit Nahrungsmitteln machen sich auch die Parasiten des Kochtopfs breit. Im allgemeinen begehen sie ihre Fälschungen und Betrüge ganz bewusst, um sich auf Kosten der Gesundheit der Konsumenten schamlos zu bereichern. Besonders häufig ist in Asien die Verfälschung von Milch und Milchprodukten, wodurch in erster Linie die Kinder betroffen werden. Meist sind die Regierungen ganz einfach ausserstande, den geltenden Gesetzen Achtung zu verschaffen.

Zu den Massenvergiftungen durch verdorbenes Mehl und Fleisch in gewissen Mittelmeerländern und den Opfern des mit Petrol gestreckten Speisesöbels in Marokko kam in jüngster Zeit die Entdeckung einer ganzen Reihe von Fälschungen, die von der Beigabe tierischer Fette in die Butter, von Feigensaft in den Wein, von Wasser in die Milch bis zu verdorbenem Fleisch reicht, das mit verschiedenen Chemikalien, die sehr schädlich sein können, "aufgefrischt" wird.

Diese Praktiken, die nicht mehr als vereinzelte Entgleisungen zu entschuldigen sind, stellen die verantwortlichen Behörden vor schwierige Probleme, die nach Ansicht der FAO-Spezialisten eine Überprüfung und einen entscheidenden Ausbau der Gesetzgebung über die Lebensmittelkontrolle erfordern. Abwehr- und Strafmaßnahmen müssen dringlich verstärkt werden, wenn der gewinnbringenden Vergiftung der Konsumenten Einhalt geboten werden soll.

Gegenwärtig läuft der Betrüger, der zweifelhafte Nahrungsmittel auf den Markt bringt, meist nur ganz geringe Risiken, da in der Mehrzahl der Länder Kontrolle und Strafverfolgung "lächerlich unzureichend" sind. Aber aus einem einfachen Vergehen wird der Betrug sehr schnell zu einem schweren Verbrechen mit unabsehbaren Folgen, dem die Gesundheit ganzer Bevölkerungsgruppen - und meistens der Ärmsten - zum Opfer fallen kann.

Der Konsument muss verteidigt werden. Sein Schutz ist aber nicht mehr allein auf nationaler Ebene zu gewährleisten. Der zunehmende Handelsverkehr erfordert eine enge internationale Zusammenarbeit, um deren Verwirklichung sich die FAO - unterstützt von der Weltgesundheitsorganisation - bemüht. Sie hat in enger Verbindung mit den zuständigen Behörden ihrer über hundert Mitgliedstaaten Vorschläge für die Durchführung internationaler Vereinbarungen über die Vereinheitlichung der Lebensmittelgesetzgebungen, die Aufstellung internationaler Gütenormen sowie über die Bekämpfung und Bestrafung der Fälscher ausgearbeitet. Aber E.S. Abensour weist darauf hin, dass eine aufgeklärte öffentliche Meinung die sicherste Garantie dafür darstellt, dass die Gesetze über den Handel mit Lebensmitteln auch verstanden, eingehalten und angewandt werden. Die Hausfrau darf keine Ruhe geben, bis den Kochtopf-Piraten ihr schändliches Handwerk gelegt wird!

+ + +

Wenig Wasser, wenig Strom, wenig Eisen

Von Rudolf Horrig

Wenige Wochen vor dem für Anfang Dezenber angesetzten Parteitag der KP der Tschechoslowakei hat das Prager Regime mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen, die zu dem vor solchen Parteitagen im Ostblock üblichen offiziellen Begeisterungstaumel der Selbstverpflichtungen und Mehrleistungen wenig passen wollen. Für einen Teil dieser Schwierigkeiten ist allerdings die Natur verantwortlich, deren Wirkungen man nicht einplanen kann. Für die übrigen Schwierigkeiten jedoch muß die Tatsache als Ursache gelten, daß man sich bei den Planziffern für dieses Jahr übernommen hat.

Zu wenig Wasser

Das Prager Regime hat natürlich nicht voraussehen können, daß es in den Sudetenländern und in der Slowakei 1962 eine Trockenheit geben werde wie schon seit 15 Jahren nicht mehr. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres haben nur der Februar, März und Mai ihr Regensoll übererfüllt, alle weiteren sieben Monate haben nicht einmal das Normale an Niederschlag geleistet. Ende Oktober fehlten in Böhmen von der jährlichen Niederschlagsmenge bereits 125 mm, in der Slowakei sogar 180 mm. Das hat zu einem Wassermangel in den Flüssen geführt und sich auch in den grossen Moldautalsperren mit ihren E-Werken nachhaltig ausgewirkt. Die obere Elbe hatte Anfang November bereits so wenig Wasser, daß 30 Elbekähne mit rund 10.000 t wertvoller Einfuhrfracht an der sächsischen Grenze in Herrnkretschken hängen blieben. Man mußte die Tore der Elbestaumstufe bei Aussig öffnen und eine künstliche Wasservelle erzeugen, auf der dann die 30 Frachtkähne nach Tetschen und Aussig gelangten. Andererseits haben die seit dem Kriege gebauten grossen Moldautalsperren ihren Wert bewiesen, denn ohne diesen Wasserstau wären heute Moldau und Elbe unbenutzbare Rinnsale.

Zu wenig Strom

Von den drei grossen Moldautalsperren südlich von Prag hat die Talsperre von Schlapý mit einer normalen Wassertiefe von 70 m die Trockenheit am besten überstanden. Man hat die Sommer-Ordnung auch weiterhin noch im September und Oktober gelten lassen müssen, um eine ausreichende Wasserreserve für den Winter zu horten. Aber auch die Turbinen des E-Werkes konnten nur eine Sommerperiode an Strom leisten, so daß sich Strommangel in Prag einstellen mußte, mit dem das Regime nun schon seit Wochen zu kämpfen hat. Bei der nächsten grossen Moldausperre unter der Burg Orlik in Mittelhöhmen ist der Wasserspiegel um 17 Meter abgesunken, so daß die eine der beiden Mammutturbinen des E-Werks seit Monaten lahmgelegt ist. Das E-Werk kann keine Stromüberschüsse nach Prag abgeben, wo man mit ihnen im Herbst gerechnet hatte. Besonders eindrucksvoll manifestiert sich die Trockenheit bei der dritten grossen Talsperre, der Moldautalsperre im oberen Böhmerwald bei Lippen. Das "Böhmerwaldmeer" hat seine Fläche um 1600 Hektar auf 3250 Hektar verkleinert, die kleine Schlangensinsel inmitten des Sees ist zu einer langen und breiten Insel geworden und am oberen Ende des Sees sind bei Oberplan das alte Moldaubett und die einst berühmte Flußkrümmung "Moldauherz" wieder

sichtbar geworden. Die alten Strassen und Wege dieses Gebietes sind vom See freigegeben und werden von der Bevölkerung benutzt. Die Turbinen des E-Werkes können nur stundenweise arbeiten.

Zu wenig Stahl und Eisen

Ist das Regime gegen diese Naturereignisse machtlos und nur darüber verärgert, daß andere mit Dampf zu betreibende E-Werke nicht schneller fertig werden (wie der Hauptteil des neuen westböhmischen Mammut-E-Werkes in der neuen Ortschaft Tisova in Falkenauer Braunkohlenrevier), so kann es mit der Entwicklung vor allem in der Hüttenindustrie in diesen Tagen seine schwere Enttäuschung nicht verbergen. Die Hüttenindustrie hat das laufende Jahr bereits mit einem Produktionsmanko (aus dem Vorjahr) begonnen und sich offenbar bis heute nicht zu einer Erfüllung des Solls aufrufen können. In den letzten Wochen wurden "zu Ehren des Parteitages" in allen Eisenwerken große Selbstverpflichtungen proklamiert und von der Propaganda entsprechend gewürdigt. Umso deprimierender mußten daher die Produktionsziffern wirken, die jetzt für den Oktober bekanntgegeben wurden. Die Hüttenindustrie hat ihr Soll nur zu 96,7 Prozent erfüllt. Die Eisenwerke in Trzynietz bei Mährisch-Ostrau sind seit Jahresbeginn an Produktion "schuldig" geblieben: Über 47.000 t Roheisen, 47.300 t Stahl, 46.700 t Walzmaterial. "Nicht günstiger" sei die Situation bei den Klement Gottwald-Werken in Kuntzendorf bei Mährisch-Ostrau (dem "Stahlherz der Republik"), bei der Hütte "Konjew" in Kladno sowie bei den Eisenwerken in Oderberg und Komtau - somit bei allen großen Eisenwerken der heutigen Tschechoslowakei.

Überall Produktionspausen

Die eisenverarbeitende Industrie, deren Sollpläne gleichfalls zu hoch geschraubt wurden, erhält zu wenig Eisen, Stahl und Walzmaterial und kann ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Werden die dringend gebrauchten Wohn-Hochhäuser in Prag und in anderen Städten baufertig, so werden keine Aufzüge geliefert, sollen die Handwerker Wohnungen bezugsfertig machen, so fehlen Tür- und Fensterklinken sowie Türbänder, hat man eine neue Siedlung vorfristig errichtet, so schleichen die Arbeiten an Heizwerk und an den Zulieferungen nur so dahin, weil die Kessel fehlen und die Röhren nicht bereitgestellt werden können, zumal die Exportbetriebe mit Vorrang zu beliefern sind. So kommt es, daß sich die Zeitungen über die "Hilfe für Kuba" in Form von LKW-Lieferungen begeistern, während für den Abtransport der Zuckerrüben in die Zuckerfabriken keine LKWs vorhanden sind und dem Wagenpark der Industriebetriebe entnommen werden müssen.

Der kommende Parteitag soll die Soll-Pläne der rauhen Wirklichkeit anpassen. Es wird - das ist die einhellige Meinung der Prager Öffentlichkeit - höchste Zeit.